

Der Pädagogische Beobachter im Kanton Zürich : Organ des Zürcher kantonalen Lehrervereins : Beilage zur Schweizerischen Lehrerzeitung, 9. Januar 1953, Nummer 1

Autor(en): **J.B. / Illi, Fritz / Weber, W.**

Objektyp: **Appendix**

Zeitschrift: **Schweizerische Lehrerzeitung**

Band (Jahr): **98 (1953)**

Heft 2

PDF erstellt am: **26.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

DER PÄDAGOGISCHE BEOBACHTER IM KANTON ZÜRICH

Organ des Zürcher Kantonalen Lehrervereins · Beilage zur Schweizerischen Lehrerzeitung

ERSCHEINT MONATLICH EIN- BIS ZWEIMAL

47. JAHRGANG / NUMMER 1 / 9. JANUAR 1953

Neufestsetzung der Teuerungszulagen ab 1953

Immer dann, wenn im Kanton Zürich mit den Behörden über Besoldungs- und Versicherungsfragen verhandelt werden muss, die das gesamte Staatspersonal (inklusive Lehrer und Pfarrer) betreffen, tritt *die Konferenz der Personalverbände* in Funktion. Sie setzt sich zusammen aus: Zürcherischer Kantonaler Lehrerverein, Verein der Staatsangestellten des Kantons Zürich, Verband des Personals öffentlicher Dienste Sektion Staatspersonal (VPOD), Verein der Kantonspolizei, Verband der Lehrer an den staatlichen Mittelschulen, Pfarrverein des Kantons Zürich, und manchmal schickt auch die Universität einen Vertreter. Die Konferenz besitzt keine Statuten. In gegenseitigem Vertrauen arbeiten die Verbände zusammen. Den Vorsitz führt zurzeit der Präsident des Vereins der Staatsangestellten, Dr. W. Güller, Rechtsanwalt.

In seiner Sitzung vom 15. Dezember 1952 hat nun der Kantonsrat die Teuerungszulagen des Staatspersonals ab 1953 ohne Befristung weiterhin auf 17 % festgesetzt. Den Minderheitsantrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Erhöhung der Zulagen um 3 % lehnte er mit grossem Mehr ab, und einen Antrag auf Ausrichtung einer Kinderzulage wandelte er in eine Motion um, die dem Regierungsrat zur Prüfung überwiesen wurde. Hierauf erschien am 20. Dezember in der sozialdemokratischen Presse ein Artikel «Farbenblindheit kostet Geld», in welchem alle Personalverbände mit Ausnahme des VPOD so heftig und unsachlich angegriffen wurden, dass diese Verbände sich gezwungen sahen, die übrige Tagespresse in einer Konferenz über den Sachverhalt zu orientieren und das «Volksrecht» seinerseits zu bitten, eine Stellungnahme der Personalverbände zu veröffentlichen. In der Tagespresse erschienen dann entsprechende Artikel, und auch das «Volksrecht» veröffentlichte die Stellungnahme, wohlversehen mit dem von uns erwarteten redaktionellen Kommentar.

Zur Orientierung unserer Mitglieder veröffentlichen wir nachstehende gemeinsame Klarstellung der unterzeichneten Personalverbände:

An das gesamte Staatspersonal

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Debatte im Kantonsrat vom 15. Dezember 1952 und die dabei gefallenen Bemerkungen über die unterzeichnete «Mehrheit der Personalverbände», betreffend die *Regelung der Teuerungszulagen ab 1. Januar 1953*, gibt uns Anlass zu folgender Klarstellung:

1. Die Meinungen von Regierungsrat und Kantonsrat einerseits und der Personalverbände andererseits über die Höhe des bisher dem Staatspersonal ausgerichteten Teuerungsausgleiches gingen bis vor kurzem auseinander. Während wir den Standpunkt einnahmen, es seien nur Teuerungszulagen von insgesamt 63,8 % auf den Vorkriegsbesoldungen

ausgerichtet worden, wurde uns entgegengehalten, die Teuerung, welche z. B. im November 1952 71,7 % betrug, sei beinahe ausgeglichen, weil die strukturellen Verbesserungen, welche die Besoldungsverordnung vom 15. März 1948 und die übrigen einschlägigen Bestimmungen gebracht hätten, mitzuberücksichtigen seien. Die Finanzdirektion stützte sich bei diesem Standpunkte namentlich auf die schon im Frühjahr 1948 im Kantonsrat gefallenen Voten.

2. Schon im Herbst 1951, und neuerdings wieder in den letzten Wochen, haben die sämtlichen Personalverbände bei der Finanzdirektion und bei der einschlägigen Kantonsrätlichen Kommission, bzw. der Staatsrechnungsprüfungskommission, erfolglos um Anerkennung ihres rechnerischen Standpunktes und den vollen Teuerungsausgleich gerungen. Die Argumente der Verbände wurden nicht anerkannt. Es ergab sich aber auch, Berechnungen hin oder her, aus der Beschlussfassung der Staatsrechnungsprüfungskommission und der politischen Fraktionen des Kantonsrates mit aller Klarheit, dass die weit überwiegendste Mehrheit des Kantonsrates eine Erhöhung der bisher gewährten Teuerungszulagen von 17 % der Grundbesoldungen auf 20 %, wie es die Personalverbände verlangten, im Kantonsrat mit Bestimmtheit ablehnen werde. An einer solchen Niederlage hatte nun freilich das Staatspersonal kein Interesse, denn es war damit zu rechnen, dass bei einer «Schlacht» im Kantonsrat der bisherig ablehnende Standpunkt durch einen Mehrheitsbeschluss erneut bekräftigt und damit die Ausgangslage für die Zukunft nur noch erschwert würde. Für die Personalverbände ergab sich als einziger Erfolg versprechender Weg:

a) in einer Verständigung mit der Finanzdirektion eine akzeptable Berechnungsgrundlage für die Zukunft zu suchen;

b) gegenwärtig keine mit Sicherheit zu erwartende negative Stellungnahme des Kantonsrates zu provozieren, sondern den günstigen Zeitpunkt abzuwarten, um auf Basis einer neuen Berechnungsgrundlage dann einen Vorstoss zur Erreichung des vollen Teuerungsausgleiches zu machen.

3. Nach mühsamen Verhandlungen gelang es am 13. Dezember, mit der Finanzdirektion folgende Verständigung zu finden:

a) Mit einer Teuerungszulage von 17 % ist eine Teuerung von 167 Punkten des stadtzürcherischen Lebenskostenindex ausgeglichen (so dass 4,7 Punkte fehlen).

b) Die Personalverbände sehen davon ab, zurzeit, d. h. anlässlich der derzeitigen Beratungen im Kantonsrat, das Begehren auf Erhöhung der Teuerungszulagen ab 1. Januar 1953 auf 20 % weiter zu verfolgen.

c) Dagegen behalten die Personalverbände sich jederzeit vor, den vollen Teuerungsausgleich zu verlangen, auch wenn der Lebenskostenindex keine weitere Bewegung nach oben erfahren sollte.

Sämtliche Personalverbände, mit Inbegriff des Vertreters des VPOD, haben dieser Regelung ausdrücklich zugestimmt. Sie ermöglichte es:

a) nun ein für allemal klare rechnerische Verhältnisse zu haben, die gleichzeitig den Beweis dafür leisten, dass zum vollen Teuerungsausgleich derzeit 4,7 Punkte, d. h. ca. 3 % der Grundbesoldungen, fehlen;

b) einer derzeit sicher zu erwartenden Niederlage im Kantonsrat und dessen Festlegung für die Zukunft auszuweichen;

c) den Personalverbänden für alle künftigen Begehren nach vollem Ausgleich den Weg offen zu halten.

4. Der Vertreter des VPOD hat es übernommen, mit seinem Verband und mit der Sozialdemokratischen Fraktion nochmals Fühlung zu nehmen, damit wenn möglich eine erfolglose Auseinandersetzung im Kantonsrat vermieden werde. Indes trat das Gegenteil ein, indem:

a) der VPOD, im Gegensatz zur Haltung seines Vertreters, nachträglich erklärte, dass er sich an die genannte Verständigung mit der Finanzdirektion nicht halten könne;

b) die Sozialdemokratische Fraktion im Kantonsrat an einem Minderheits-Antrag auf Erhöhung der Teuerungszulagen auf 20 Prozent festhielt. Wie zu erwarten war, wurde dieser Antrag durch alle übrigen Fraktionen wuchtig abgelehnt. Im Widerspruch zu den Tatsachen wurde dabei von einem «Verzicht der Mehrheit der Personalverbände auf den vollen Teuerungsausgleich» gesprochen, und der Vertreter der Sozialdemokratischen Fraktion behauptete, die Personalverbände mit Ausnahme des VPOD seien «zurückgekrochen».

Der Gang und das Resultat der Debatte im Kantonsrat haben bewiesen, wie richtig die Haltung der Mehrheit der Personalverbände war. Die durch das Abspringen des VPOD und den Minderheitsantrag provozierte nutzlose Auseinandersetzung hat die Meinungen im Rate gegen unsere Interessen auf den Plan gerufen und kann der Bewegungsfreiheit der Personalverbände für die Zukunft nachteilig sein.

Davon, dass die Personalverbände — wie es in einem Presseartikel heisst — im Kantonsrate hätten erklären lassen, es gebe dringlichere Aufgaben, als den vollen Teuerungsausgleich, ist keine Rede.

Wir bedauern, uns aus sachlichen Gründen zu dieser Richtigstellung veranlasst zu sehen, weil die wohlüberlegte und auf weite Sicht eingestellte Haltung der Personalverbände öffentlich auf den Kopf gestellt wurde und dieses Vorgehen geeignet ist, im Staatspersonal Verwirrung zu stiften.

Mit vorzüglicher Hochachtung:

J. Baur, Zürcherischer Kantonaler Lehrerverein; Dr. H. Duttweiler, Verein der Kantonspolizei Zürich; Dr. W. Güller, Verein der Staatsangestellten des Kantons Zürich; Pfr. E. Müller, Pfarrverein des Kantons Zürich; Dr. H. Maeder, Verband der Lehrer an den staatlichen Mittelschulen.

Wir bedauern, dass die seit Jahren gute Zusammenarbeit sämtlicher Personalverbände in diesem einen Falle vereitelt wurde. Nach wie vor sind wir aber, entgegen der Ansicht des «Volksrechts», der Überzeugung, die mit der Finanzdirektion getroffene klare Grundlage zur Berechnung der Teuerungszulagen (4,7 Indexpunkte sind mit 17 % Teuerungszulage nicht ausgeglichen) werde dem Staatspersonal in allen zukünftigen Verhandlungen gute Dienste leisten und sei von grösserer Bedeutung als die von der sozialdemokratischen Fraktion im Kantonsrat verlorene «Schlacht».

J. B.

Zürch. Kant. Lehrerverein

Aus den Sitzungen des Kantonalvorstandes

22. Sitzung, 6. November 1952, Zürich

Zwischen der Finanzdirektion und den Personalverbänden gehen die Verhandlungen über die Weiterführung der Teuerungszulagen an das Staatspersonal ab 1. Januar 1953 weiter. Die Diskussion dreht sich um die Frage, wie hoch die Teuerungszulagen angesetzt werden

müssten, damit der volle Teuerungsausgleich auch wirklich geschaffen sei.

Der KV nimmt mit grosser Befriedigung Kenntnis vom einstimmigen Beschluss des Kantonsrates vom 27. Oktober 1952, betreffs Einbau von Teuerungszulagen in die versicherte Besoldung. (Über Einzelheiten ist im Pädagogischen Beobachter, Nr. 18, vom 14. November 1952 ein besonderer Artikel erschienen.)

Der Abonnementspreis des Pädagogischen Beobachters für Separatbezüger wird für das Jahr 1953 auf Fr. 3.— festgelegt. (§ 44 der neuen Statuten des ZKLV)

Erledigung einiger Restanzen aus dem Jahre 1951.

Die Werbung neuer Mitglieder unter den jüngeren Kollegen wird erneut diskutiert und nach neuen Wegen gesucht, besonders für das Gebiet der Stadt Zürich. E.E.

Sekundarlehrerkonferenz des Kantons Zürich

Protokoll der Jahresversammlung

Samstag, den 8. November 1952, 14.30 Uhr, Auditorium 101 der Universität Zürich.

Gegen 200 Sekundarlehrer finden sich zur Jahresversammlung in ihrer einstigen Bildungsstätte ein. In seinem *Eröffnungswort* weist Präsident *F. Illi* auf die Gefahr der seelenlosen Betriebsamkeit und der geistigen Verflachung hin, die das Radio und in naher Zukunft das Fernsehen für die Jugend bringen, und auf die Aufgabe aller Erzieher, zu richtigem Gebrauch dieser technischen Errungenschaften anzuleiten und Ehrfurcht vor schöpferischem Wirken zu wecken. Die wahren geistigen Kräfte trotz aller nivellierenden Einflüsse der technischen Entwicklung im Kinde zu erhalten und zu fördern, gehört zu unserer pädagogischen Verpflichtung.

Das *Protokoll* der letzten Jahresversammlung wird auf Antrag von A. Zollinger, Thalwil, genehmigt.

Unter *Mitteilungen* weist der Vorsitzende hin auf die Ferienkurse für Französischlehrer in deutschem Sprachgebiet, die das Institut britannique der Universität Paris veranstaltet und auf eventuell bevorstehende Änderungen in der Zahl der Prüfungsfächer an den Aufnahmeprüfungen des Unterseminars Küsnacht. Verlagsleiter E. Egli gibt bekannt, dass ein neues Skizzenblatt für den Geschichtsunterricht, «Reich Karls des Grossen», erschienen ist, und dass Walter Angst neue geographische Wiederholungskarten (fremde Erdteile) geschaffen hat. Eine im Dezember 1952 herauskommende Neuerscheinung empfiehlt er als besonders wirksames Hilfsmittel für die *Verkehrserziehung*. Auf Initiative und unter der Schriftleitung von *Theo Martbaler* (Zürich) wird ein *Taschenbuch für die Schweizer Jugend* geschaffen, das als Aufgabenbüchlein dienen soll. Auf jeder Doppelseite findet sich, neben genügend Raum für die Aufgabeneintragungen einer Woche, unten rechts eine Verkehrsbelehrung, ein Unfallbericht oder ein Hinweis auf Verkehrsgefahren. Da der Schüler das Büchlein täglich braucht, wird er immer wieder auf richtiges Verhalten auf der Strasse hingewiesen, und so dürfte die Wirkung der Belehrung viel nachhaltiger sein als bei einer Verkehrsfibel, die einmal gelesen und dann weggelegt wird. Dank einer namhaften Subvention der Autosektion Zürich des Tou-

ring-Clubs wird es möglich sein, das Taschenbuch zum Preis von nur 90 Rappen abzugeben, und es steht zu hoffen, dass zahlreiche Schulen es ihren Schülern von der 6. Klasse an gratis überreichen werden.

Der Präsident verliest den *Jahresbericht*, der Aufschluss gibt über die Stellungnahme der Konferenz zu schulpolitischen Fragen, über die Zusammenarbeit mit den Sekundarlehrerkonferenzen der andern ostschweizerischen Kantone, über die Arbeit von Vorstand, Kommissionen und Verlag. Er findet diskussionslos Zustimmung.

Die *Jahresrechnung*, in den Hauptposten verlesen von Quästor Dr. E. Bienz, wird gemäss Antrag der Rechnungsrevisoren genehmigt und verdankt.

Wahlen. Es liegen keine Rücktritte vor. In globo werden die Vorstandsmitglieder Dr. A. Gut, Vizepräsident; W. Weber, Aktuar; Dr. E. Bienz, Quästor; H. Herter, E. Zürcher und E. Lauffer, Beisitzer, bestätigt. Hierauf wird unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten auch der Konferenzpräsident, F. Illi, der sich durch den Vorstand bewegen liess, noch eine Amtsdauer auf seinem mit Auszeichnung bekleideten Posten zu verharren, durch die Versammlung ehrenvoll wiedergewählt. Als Rechnungsrevisoren werden R. Egli, Andelfingen, und Paul Leimbacher, Thalwil, bestätigt.

Unter *Allfälligem* wird auf das Ausfallen eines für die Sekundarlehrerausbildung wichtigen Kurses hingewiesen; der Vorstand wird die Angelegenheit prüfen.

Im zweiten Teil der Tagung zeigen die zwei Zürcher Kollegen *Walter Angst und Werner Wolff*, die vom Herbst 1950 bis Herbst 1951 eine *Weltreise* über Ceylon, Indien, Australien, Japan, Nord- und Südamerika und quer durch Afrika unternommen haben, prächtige farbige Lichtbilder und erzählen dazu viel Interessantes und Wissenswertes über zwei Etappen ihrer grossen Fahrt, Ceylon und Australien. Mit sichtlicher Freude lauscht die grosse Zuhörerschaft der aus starkem Erleben, genauer Beobachtung und eifrigem Studium gespiesenen, lebendigen Schilderung. Viel Beachtung und Bewunderung finden auch die im Hörsaal aufliegenden Schwarz-weiss-Aufnahmen, die als Lichtbilder an die Schulen abgegeben werden und die, im Hinblick auf die Bedürfnisse des Unterrichts aufgenommen, sich ausgezeichnet für die Erneuerung und Vervollständigung des Lichtbildmaterials für Geographie an unsern Sekundarschulen und an der Oberstufe der Primarschule eignen.

Schluss der Versammlung 17.30 Uhr.

Der Aktuar: *W. Weber*, Meilen.

Jahresbericht 1951/52

Wie gewohnt spiegelt sich in der Berichterstattung der SKZ das schulpolitische Geschehen der Gegenwart.

Mit freudiger Genugtuung dürfen wir an den Entscheid des Zürchervolkes vom 5. Oktober 1952 zurückdenken, wo mit dem unerwarteten Abstimmungsergebnis von 112 904 Ja gegen nur 42 400 Nein der Schaffung einer *Mittelschule im Zürcher Oberland* zugestimmt wurde. Die Bestrebungen der Sekundarlehrerschaft haben sich reichlich gelohnt. Zwei der geschaffenen Mittelschulabteilungen haben den von uns stets geforderten Abschluss erhalten. Wenn auch der Übertritt von der Sekundar-

schule in die neugeschaffene Mittelschule den von uns erwarteten Normen noch nicht entspricht, so wird eine spätere umfassende Revision des Unterrichtsgesetzes diesen noch unbefriedigenden Zustand einer allseitig zweckmässigen Lösung entgegenführen müssen.

Die zweite bedeutungsvolle Entscheidung, die von der Sekundarlehrerschaft dieses Jahr erwartet wurde, ist noch nicht gefallen. *Das neue Volksschulgesetz* hat immer noch nicht seine endgültige Form gefunden. Die von allen Schulsachverständigen geforderten Reformen wurden stets von parteipolitischen Interessen durchkreuzt, und die für unsere Schulstufe besonders dringlichen Postulate der einwandfreien Schülersauslese auf Grund des Leistungsprinzips sind noch nicht mit der nötigen Klarheit im Gesetz verankert. Erneut hat die SKZ in Verbindung mit den andern Schulstufen und unter der Leitung des ZKLV eine gemeinsame Eingabe an den Kantonsrat gerichtet, um mit Nachdruck noch einmal auf die von uns und der übrigen Lehrerschaft geforderten Abänderungsanträge hinzuweisen.

Die Probleme der zürcherischen Schulgesetzgebung beschäftigen auch die Kollegen der übrigen in den *ostschweizerischen Konferenzen* zusammengeschlossenen Sek.-Lehrer. Die intensive Zusammenarbeit, wie sie im Jahrbuch und im gegenseitigen Besuch der Konferenzversammlungen zu beobachten ist, bringt die Gleichgesinnten immer näher zusammen, und nachdem sich sogar die Kollegen des Oberwallis unserer Arbeit angeschlossen haben, darf wohl in Zukunft der Zusammenschluss aller auf der Sekundarschulstufe tätigen Lehrer der deutschen Schweiz erhofft werden.

Als Wegbereiter dieses späteren organisatorischen Anschlusses können die verschiedenen *Lehrbücher unseres staatlichen und privaten Verlages* betrachtet werden, die dank ihrer unbestrittenen Vorzüge von immer weiteren Kantonen übernommen werden. Aus dieser Zusammenarbeit ergibt sich für uns ein recht befriedigender Geschäftsbetrieb, der sich in gewohnter Weise entwickelte, uns aber gleichzeitig die Verpflichtung auferlegt, auf die Wünsche unserer ausserkantonalen Kollegen billige Rücksicht zu nehmen.

So wurde im vergangenen Jahr ein neues *Skizzenblatt* über die Teilung des Fränkischen Reiches mit den Grenzen von 843 und 870 auf Wunsch ausserkantonaler Schulen herausgegeben, während unseren Zürcher Schulen eher die *Repetitionskarten* von Amerika, Asien und Afrika zu dienen haben. Im Interesse auswärtiger Bezüger musste auch an eine Umarbeitung des Heftes für *Rechnungs- und Buchführung* von Prof. Frauchiger herantreten werden.

Zeitraubende Beratungen und Besprechungen wurden nötig durch die Herausgabe eines *Taschenkalenders für die Schweizer Jugend*, der zugleich als Aufgaben- und Verkehrsbüchlein bezeichnet werden kann. Dieses Taschenbuch, das der Initiative unseres Kollegen Theo Marthaler zu verdanken ist, soll die Schüler auf die Gefahren des modernen Verkehrs aufmerksam machen und als täglicher Mahner der Verkehrserziehung dienen. Bereits hat der Touring-Club als Subvenient seine grosszügige finanzielle Hilfe zugesagt, so dass wir hoffen, Ihnen unsere Neuerscheinung anfangs Dezember überreichen zu können.

Dank der aufopfernden Hingabe unseres *Verlagsleiters* war es auch dieses Jahr wieder möglich, die Unkosten unserer Konferenz aus den Erträgen des Verlages zu bestreiten und durch namhafte Abschreibungen

unsern Betrieb auf eine kaufmännisch gesicherte Basis zu stellen.

Auch der Vertrieb des *Schweizer Singbuches für die Oberstufe* ermöglichte die Ausschüttung eines bescheidenen Gewinnes an die drei am Verlag beteiligten Konferenzen: Zürich, Thurgau und St. Gallen. Diese Mittel werden für die Finanzierung, Umarbeitung und Herausgabe der neuen Auflage des Singbuches beansprucht, das in 50 000 Exemplaren nächstens erscheinen wird und den Bedürfnissen der Schule und den Wünschen der Lehrerschaft gerecht zu werden versucht.

Unter dem Patronat der Synodalkommission für den Volksgesang und der SKZ wurden *zwei Singtreffen mit Egon Kraus* aus Köln durchgeführt, wo die Lehrerschaft Gelegenheit hatte, neues Liedergut kennenzulernen.

Das *Jahrbuch* wird wegen seiner hohen Kosten zum Sorgenkind verschiedener Konferenzen. Jahr für Jahr müssen Mittel und Wege gesucht werden, um den durch die kleine Auflage bedingten hohen Preis des Buches zu ermässigen. Dank des freundlichen Entgegenkommens der kantonalen Lehrmittelverwaltung, die uns Satz und Klischees der Arbeit von Paul Hertli, über Methodik und Technik der Veranschaulichung im Physik-Unterricht, unentgeltlich zur Verfügung stellte, konnten namhafte Einsparungen erzielt werden. Trotz dieser Vorkehrungen übersteigen die Selbstkosten des Jahrbuches den von uns geforderten Mitgliederbeitrag von Fr. 4.— in beträchtlichem Masse.

Die Arbeiten des diesjährigen Jahrbuches widerspiegeln die vielfältigen Interessen der ostschweizerischen Mitarbeiter, die sich mit Problemen der deutschen Aussprache, der Geschichte, der Geographie, der Zoologie und Mineralogie befassen. Der Anhang zum Jahrbuch ist uns Zürchern ein unentbehrliches Nachschlagewerk. Die *Chronik* berichtet von den Bemühungen unserer Konferenzen, von den Ergebnissen der Beratungen in den Kommissionen, und in den aufschlussreichen Protokollen fühlen wir den Pulsschlag der initiativen und arbeitsfreudigen Sekundarlehrerschaft. Daher gebührt wohl unserem Jahrbuch ein Ehrenplatz in der Bibliothek eines jeden Kollegen.

Unser Anliegen, die pädagogisch-didaktische *Ausbildung der Sekundarlehrer* an der Universität auszubauen, ist im vergangenen Frühling wenigstens teilweise erfüllt worden. Unser Kollege, Prof. Dr. Jean Witzig, hat an der Universität verschiedene Lehraufträge übernehmen dürfen und ist dafür von den kantonalen und städtischen Schulbehörden um 50 % von seiner Unterrichtsverpflichtung an der Sekundarschule entlastet worden. Trotz dieser wertvollen Neuordnung werden wir auch weiterhin um die Vertiefung der Sekundarlehrer-Ausbildung in Verbindung mit der Universität besorgt sein, damit die Erziehungs- und Bildungsprobleme unserer Schulstufe in wissenschaftlicher Weise abgeklärt werden. Daneben wollen wir uns auch vereint mit den andern Lehrerverbänden um die Schaffung und den Ausbau eines Institutes für praktische Pädagogik und Psychologie bemühen.

Der *Vorstand* wurde im Berichtsjahr zu sechs Sitzungen zusammengerufen, in denen die üblichen Konferenzgeschäfte und die Anträge der Kommissionen sorgsam erwogen und beraten wurden. Aus der Fülle dieser Anliegen seien erwähnt:

Vorbereitung zur Herausgabe des neuen Englischbuches auf Herbst 1953.

Bereinigen der vertraglichen Verpflichtungen mit den Erben von Ulrich Schulthess, dem Verfasser des alten Englischbuches.

Besprechung der Examenaufgaben und Aufstellung von Vorschlägen für die Ernennung der Verfasser.

Ausbau des Pressedienstes, «Überwachung» der Presse und Entschädigung für deren Mitarbeiter.

Vorbereitung von Kursen und Tagungen.

Noch ist uns die *Jahresversammlung 1951* in lebhafter Erinnerung. Herr Prof. Dr. Max Silberschmidt zeichnete in prägnanten Strichen die Tendenzen der amerikanischen Staatsentwicklung. Von unserer praktischen Arbeit berichtete Ernst Zürcher in einem Referat, in dem er die Ergebnisse unserer Rundfrage über das Französisch-Lehrmittel zusammenstellte.

An der *ausserordentlichen Versammlung vom 7. Juni* hatten wir Gelegenheit, uns zur Neuauflage des Heftes für Rechnungs- und Buchführung von Prof. Frauchiger auszusprechen und in einem Referat von Hans Gentsch den Verfasser der bemerkenswerten Schrift «A bis Z» über seine Bemühungen zur Reform des Schreibunterrichtes an der Sekundarschule reden zu hören.

In einem halbtägigen *Kurs* zeigte Kollege E. Knup aus Kreuzlingen neue physikalische Apparate zur Demonstration der elektrischen Schwingungen (Radio), und bereits ist eine weitere Tagung angesagt, an der unsere Kollegen Paul Hertli und Alfred Brunner neue Apparate zur Veranschaulichung physikalischer Tatsachen vorführen werden.

In der *Französischbuch-Kommission*, wo die Umarbeitung des Lehrmittels von Dr. Hoesli besprochen wird, schreitet die Arbeit langsam vorwärts. Bei der Erwägung und Überprüfung der verschiedenen Abänderungswünsche zeigt sich immer wieder, dass das bisherige Buch in Anlage und grammatikalischem Aufbau den Bedürfnissen unserer Zürcher Schule weitgehend entspricht und dass unser Hauptanliegen in der gründlichen Durcharbeitung der vorliegenden Texte bestehen wird.

Die *Sitzung zur Vorbereitung und Besprechung des neuen Jahrbuches*, die im Dezember jeweils die Präsidenten aller ostschweizerischen Konferenzen mit unserem Vorstand in Zürich zusammenführt, gehört zu unseren erfreulichsten Tagungen. Der rege Gedankenaustausch klärt unsere gemeinsamen Anliegen, und das Bewusstsein einer über die Kantonsgrenzen hinausreichenden geistigen Verbundenheit bedeutet uns eine wertvolle Unterstützung unserer Bestrebungen in der engeren Heimat.

Die erfreuliche *Zusammenarbeit im Schose unseres Vorstandes* verdient auch im Jahresbericht erwähnt zu werden. Mit selbstloser Hingabe und treuer Pflichterfüllung versuchten alle Vorstandsmitglieder der Konferenz zu dienen; im besonderen sei aber unseres Verlagsleiters gedacht, der uns durch sein nimmermüdes Schaffen und schöpferisches Planen wertvollste Dienste leistete.

Allen meinen Freunden im Vorstand danke ich herzlich für die freudige Mitarbeit, auf die ich mich in meiner präsidialen Tätigkeit stets verlassen konnte. Auch den übrigen Helfern und den Kollegen zu Stadt und Land, die den Vorstand in seiner manchmal heiklen Tätigkeit ebenfalls unterstützten, gebührt der Dank der ganzen Konferenz.

Im Oktober 1952.

Der Berichterstatter: *Fritz Illi*.